

Nach dem Ausscheiden von Franz Hertel aus dem Stadtrat:

DKP-Fraktion in neuer Zusammensetzung

Am 20. Oktober 1968 ist Franz Hertel erstmals in den Rat der damals noch jungen Stadt Püttlingen gewählt worden. Seitdem hat er 45 Jahre lang starken Einfluss auf die Kommunalpolitik in der Köllertalstadt genommen und 40 Jahre die Interessen der „kleinen Leute“ im Rathaus vertreten. Auf eigenen Wunsch ist er aus Alters- und Gesundheitsgründen ausgeschieden und wurde am 20. Oktober feierlich verabschiedet. Inzwischen ist Erwin Michely in den Stadtrat nachgerückt, wo er am 13. November in sein Amt eingeführt wurde. Die DKP-Fraktion wird nun von Hans Schwindling als Fraktionsvorsitzender geführt, seine Vertreterin ist Edith Albert.

Für die DKP-Fraktion ist es „eine große Herausforderung, nun ohne den bisherigen Vorsitzenden auskommen zu müssen, der doch die meisten Erfahrungen hatte und stets mit neuen Ideen und Anträgen die Rolle der DKP als konstruktive Oppositionspartei unter Beweis stellte“, betonte Hans Schwindling in der letzten Ratsitzung. Zugleich unterstrich der neue Fraktionsvorsitzende, dass der unter Hertels Führung eingeschlagene Weg weiter verfolgt werde:



„Wir haben die politischen Positionen der DKP stets gemeinsam beraten und dann im Stadtrat vertreten. Deswegen kann es jetzt keinen Bruch geben, wir

werden den bisherigen Kurs fortsetzen. Für uns steht stets die Frage: Was nützt dem werktätigen Menschen unserer Stadt oder schadet ihm? Davon hängt unser Verhalten im Stadtrat ab.

Im Übrigen haben wir 2009 den Wahlkampf auf sechs Eckpunkte konzentriert, um die Richtung unserer Kommunalpolitik darzustellen. Dabei geht es um Arbeit und sozialen Fortschritt, Bildung und Kultur sowie Umweltschutz und Lebensqualität ebenso wie um die politischen Rahmenbedingungen dieser Politik. All das ist weiterhin gültig und wird unser Tun bestimmen“.

Der Wechsel in der DKP-Fraktion hat auch Konsequenzen für die Neuwahl des Stadtrates am 25. Mai 2014. Schon jetzt sind die Wähler aufgefordert, das bisher in Franz Hertel gesetzte Vertrauen auf seine Freunde zu übertragen.



Der parteilose Erwin Michely (62) ist in den Stadtrat nachgerückt. Von Beruf ist er Energieanlagen-Elektrotechniker, der sich in Frührente befindet und in der Schleitenstraße wohnt. Während seiner Jugendjahre gehörte er zur SDAJ-Gruppe in Püttlingen. Vor der letzten Stadtratswahl entschloss er sich, die DKP durch seine Kandidatur zu unterstützen.

Verpasste Chance

Die Gebrüder Lay vom Ringverkehr Püttlingen haben vor einiger Zeit die ehemalige Schule gegenüber dem Bahnhof preisgünstig erworben. Dort sollten, so hieß es zunächst, Büroräume und Möglichkeiten für handwerkliche Betriebe geschaffen werden. Dann war es etliche Zeit still, aber im Gebäude wurde gewerkelt, an der Vorderseite entstand eine neue Treppe und jetzt wird bekannt, dass künftig betreute Wohnungen für behinderte Menschen entstehen sollen. So weit, so gut, oder besser gesagt: nicht gut, weil wieder einmal eine Chance für die Stadt verpasst wurde.

Als die DKP im Sommer 2007 den Vorschlag machte, aus der ehemaligen Schule ein Freizeit- und Begegnungszentrum für Senioren unserer Stadt zu schaffen, wurde das abgelehnt. Auch ein späterer Vorstoß, das Anwesen für soziale Zwecke selbst zu nutzen, wurde negiert. Die Ratsmehrheit plädierte für Vermarktung. Das ist geschehen. Jetzt zeigt ein privater Investor, was die Stadt hätte tun können, wenn sie Mumm gehabt und eine Initiative gegründet hätte, die auch für private Beteiligungen offen gestanden hätte.



Die DKP-Fraktion traf sich in neuer Zusammensetzung und beriet ihre Aufgaben: (v. li.) Hans Schwindling, Vorsitzender, Edith Albert u. Erwin Michely.



Einst plakatierten „Staatschützer“ des Dritten Reiches die Parole: Feind hört mit! Die Schlapphüte von heute haben sich die Praxis „Freund hört mit!“ zu eigen gemacht.

Dieser Vergleich mag manchen Leuten nicht gefallen, weil wir ja in einer Demokratie leben und angeblich die Freiheit geschützt werden soll. Aber wie fragwürdig ist das alles, wenn die Verfassung systematisch gebrochen wird und riesige Spitzelapparate das ganze Volk aushorchen, jedes Telefongespräch und alles, was über Computer abläuft, überwachen und jederzeit nutzen können. Und wenn man bedenkt, dass die USA nicht nur führend in der Spitzeltätigkeit sind, sondern zugleich mit Drohnenkrieg und erpresserischen Methoden andere Staaten ihrem Willen unterwerfen wollen, dann muss man aufhorchen, denn damit wird Staatsapparat befördert. Wohin das am Ende führt, haben wir im zweiten Weltkrieg leidvoll erfahren.

Die Lauschangriffe der NSA haben Empörung ausgelöst. Auch die Briten hören fleißig ab, das macht die Sache noch brisanter. Dass der BND mit von der Party ist und den „Freunden“ bereitwillig Zuarbeit leistet, schlägt aber dem Fuß den Boden aus. Dieser Sumpf muss ausgetrocknet werden.

Die Bundesregierung unternimmt dazu keine ernsthaften Bemühungen. Es wird vor allem abgewiegelt. Und Innenminister Friedrich setzt noch einen drauf, indem er vorschlägt, die Maut-Kontrollbrücken zu nutzen, um „Täter“ besser verfolgen zu können. Der Polizeistaat marschiert. Jetzt stoppen!

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP Püttlingen, verantw. f. d. Inhalt: H. Schwindling, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Das Saarland nimmt künftig mehr Steuern ein:

Keine nachhaltige Hilfe für Kommunen

Die CDU/SPD-Landesregierung wird zwar nicht müde, immer wieder zu versichern, dass sie das Beste für das Saarland wolle. Geht man jedoch etwas tiefer ins Detail, muss man feststellen, dass laufend neue Belastungen angekündigt werden. Vor allem die Kommunen haben keine nachhaltige Erleichterung ihrer finanziellen Notlage zu erwarten. Und das, obwohl der Finanzminister (lt. SZ vom 9.11.13) ein Plus von 15 - 20 Millionen Euro Steuern pro Jahr mehr erwartet. Angeblich muss der mit der Schuldenbremse eingeschlagene Sparkurs weiter fortgesetzt werden.

Apropos Gemeinden. Im September verkündete die SZ: „Land hilft Notleidenden Kommunen“ und bezog sich dabei auf den Kommunalen Entlastungsfond (KELF), der die klammen Kommunen unterstützen soll. Dieser KELF enthält 150 Millionen Euro, die in jährlichen Tranchen von 17 Millionen Euro zur Verteilung kommen (bei rund zwei Milliarden Schulden aller Saar-Kommunen!). Allerdings haben nur Gemeinden einen Anspruch, welche die ihnen aufgezwungenen Konsolidierungsmaßnahmen erfüllt haben. Püttlingen gehört dazu und kann nun 372.000 Euro erwarten.

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag prangerte bereits im Frühjahr 2007 an, dass das Land „seit dem Jahr 2005 rund 116 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich einbehalten“ habe. Fachleute schätzen, dass den Kommunen in den letzten 10 Jah-

ren mehr als 200.000 Euro vorenthalten wurden. Quasi werden die Kommunen mit ihrem eigenen Fett geschmiert. Das ist ungeheuerlich, aber noch skandalöser ist, dass die Mittelgewährung an schikanöse Bedingungen geknüpft ist.

Zunächst war man davon ausgegangen, dass die KELF-Gelder nach der Genehmigung des Haushaltes automatisch zugeteilt werden. Doch bestimmte Klugscheißer des „Stabilitätsrates“ haben durchgesetzt, dass der Stadtrat zuerst einen förmlichen Antrag mit allen Unterlagen einreichen muss.

Damit werden Rat und Verwaltung der Stadt Püttlingen in die Rolle von ungeliebten Bittstellern gedrängt. Dagegen hat die DKP-Fraktion in der Oktober-Sitzung scharf protestiert und dem vorgeschlagenen Beschluss nicht zugestimmt, obwohl wir den Anspruch auf die 372.000 Euro ausdrücklich unterstützt haben.

Das Land will 2014 rund 70 Millionen Euro weniger ausgeben:

Vor allem der Sozialbereich betroffen

Noch wird am Landeshaushalt herumgebastelt, da aber Einsparungen von 70 Mio. Euro geplant sind, ist vor allem mit Kürzungen im Sozialbereich und bei der Krankenhausfinanzierung zu rechnen. Nach einer Entlastung der Bürger unseres Landes mit geringem Einkommen sieht es jedenfalls nicht aus.

◆ Der Abbau von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung soll mit einer ersten Rate von 300 Stellen begonnen werden. Hiervon sollen auch die Finanzämter betroffen sein.

◆ Die Investitionsförderung bei der Krankenhausfinanzierung soll um 3,6 Millionen Euro gekürzt werden.

◆ Im Sozialministerium sind Einsparungen von 200.000 Euro bei Jugendbildungs- und Freizeitmaßnahmen eingeplant. Arbeits-Trainingsplätze für psychisch Kranke fallen weg.

◆ Das Innenministerium will 400.000 Euro bei den Ausgaben für Stadtentwicklung u. Stadterneuerung kürzen.

Das sind nur einige Beispiele, sie sind aber symptomatisch für die eingeschlagene Richtung, vornehmlich im Bereich der Daseinsfürsorge für die Menschen den Rotstift anzusetzen.

Derzeit wird im Stadtrat der Haushalt für das nächste Jahr beraten. Damit untrennbar verbunden ist die Überarbeitung des „Haushaltssanierungsplanes“, wo sich die Abstriche bis 2017 erstrecken. Aber es gibt noch Unwägbarkeiten.

Hiobsbotschaft: Die Regionalverbandsumlage wird 2014 um gut zwei Millionen auf 191,4 Millionen Euro steigen, d.h.: Statt einer ursprünglich angesagten Senkung der Umlage, wird unsere Stadt nächstes Jahr noch mehr Geld an den Regionalverband abführen müssen.



Ein Denkmal für Theodolinde Katzenmaier ist am 10. November vor der St. Bonifatiuskirche auf der Ritterstraße eingeweiht worden. 75 Jahre nach der berüchtigten Reichspogromnacht war dies ein gut gewählter Zeitpunkt, um an jene Glaubensschwester zu erinnern, die sich mutig dem Naziregime widersetzt hat. Schwester Theodolinde war ein Mensch, der nicht weggeschaut hat, wenn Unrecht geschehen ist. Sie hat Position bezogen und sich den aufrechten Gang bewahrt. sie wurde ins KZ Ravensbrück verschleppt und ist trotzdem stark geblieben. Das ist vorbildlich und zu Recht erinnert die eindrucksvolle Gedenkstele an diese hervorragende Frau.

Püttlinger Stadtrat beschloss einstimmig eine Resolution:

Fortführung des Projektes Bürgerarbeit

Im Jahre 2011 wurde die Bürgerarbeit als Projekt zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen mit besonderen Vermittlungshemmnissen eingeführt. Bis zu 1.100 saarländische Langzeitarbeitslose verrichteten in den vergangenen drei Jahren gemeinnützige Bürgerarbeit. Auch in Püttlingen. Jetzt hat der Bund die Fördergelder gestrichen, dem Projekt droht das Ende.

Ursprünglich sollten die Kommunen die langzeitarbeitslosen Menschen im Rahmen dieses Instrumentariums beschäftigen. Nachdem die Gewerkschaften zu Recht eine Beschäftigung nach dem TVöD forderten, musste die Stadt passen, aber eine Aktion über Beschäftigungsträger wurde zugelassen. So kam die ESH ins Spiel.

Rund 7,6 Milliarden Euro hat der Militäreinsatz in Afghanistan den deutschen Steuerzahler gekostet. Aber eine Befriedung des Landes wurde nicht erreicht, der Einfluss der Taliban wird immer größer. Wieviele Arbeitsplätze hätten dafür in Deutschland finanziert werden können!

Viele der beschäftigten **Langzeitarbeitslosen** erfuhren in dem Projekt Bürgerarbeit erstmals eine arbeitsvertragliche und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – wenn auch auf geringem Niveau. Diese Menschen leisteten mit ihrem Arbeitseinsatz wertvolle Dienste für die Allgemeinheit. Durch die dreijährige Beschäftigung ist das Gefühl des Gebrauchtwerdens und der Anerkennung besonders entwickelt worden. Umso mehr bedeutet das Ende der Bürgerarbeit für die Betroffenen einen enormen Rückschlag.

Natürlich war diese Bürgerarbeit nie ein Ersatz für vollwertige Arbeit und konnte immer nur ein (schlecht bezahlter) Notbehelf sein. Aber immerhin war es eine sinnvolle Investition für die Mittel des Arbeitsamtes. Es wäre also angebracht, das Projekt weiterzuführen.

Deswegen der DKP-Antrag, eine Resolution zu beschließen. Einstimmig wurde diese am 16. Oktober angenommen und an die Landesregierung gerichtet, damit diese eine entsprechende Initiative im Bundesrat ergreift.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Auch die Püttlinger Klinik war sehr stark durch Beschäftigte bei der Demonstration und Kundgebung am 12. Oktober in Saarbrücken vertreten. Es war mit über 4.000 Beteiligten die bisher größte Aktion gegen den Sozialabbau im Krankenhausbereich. Bekanntlich will die Landesregierung die Investitionszuschüsse für die Krankenhäuser um weitere 3,7 Millionen Euro kürzen, was nicht nur die Beschäftigten hart trifft sondern auch verheerende Wirkungen für die Patienten mit sich bringen wird. Mitglieder der DKP nahmen an der Manifestation teil und solidarisierten sich mit den Forderungen der Gewerkschaften.

*

Das Püttlinger Ankerkreuz wurde am 3. November an vier verdiente Mitbürger unserer Stadt vergeben: Engelbert Stein, Mia Jungmann, Josef Himbert und Paul Sperling erhielten diese Auszeichnung bei einem Festakt in der Stadthalle. Die DKP gratuliert den Ausgezeichneten für die hohe Ehre,

*

Polizeistelle ist nachts dicht, zumindest betrifft das ihre Dienststelle in Heusweiler, die auch für Püttlingen zuständig ist. Künftig ist die Inspektion in Heusweiler nicht mehr rund um die Uhr besetzt. Damit wird das Sparprogramm der Polizei umgesetzt, bei dem in den nächsten Jahren rund 300 Stellen eingespart werden sollen. Angeblich wird die Sicherheit der Bürger nicht davon betroffen, man wird aber abwarten müssen, wie sich das bei einem Ernstfall in der Realität entwickelt.

*

Aufgeschlossene Mitbürger, welche die DKP-Fraktion unterstützen oder gar mitkandidieren wollen, wenden sich an Hans Schwindling, Weiherbergstr. 51.

Empfang der Stadt Püttlingen:

Ein würdiger Abschied für Franz Hertel

Das Ausscheiden von Franz Hertel aus dem Stadtrat nach 40 Jahren Tätigkeit im Püttlinger Rathaus hat für Schlagzeilen gesorgt. Die Stadt ließ es sich nicht nehmen, dem bekannten Kommunisten einen würdigen Abschiedsempfang zu bieten. Dabei sind viele Reden gehalten worden, aber alle waren von großer Hochachtung geprägt, dass der Jubilar immer präsent war, stets seinen Prinzipien treu geblieben ist und immer den Interessen seiner Stadt gedient hat.

Vierzig Jahre im Stadtrat, das ist eine lange Zeit. Da fragen sich viele, wie das erreicht werden konnte, in einer erzkatholischen Stadt mit denselben antikomunistischen Vorurteilen wie anderswo auch. Einen Teil der Antwort gab Altbürgermeister Rudolf Müller in seiner Laudatio mit der Feststellung: „Franz Hertel hörte in der Stadt die Flöhe husten“. Wenn Bürgerinnen und Bürger sich ungerecht behandelt fühlten, habe er immer wieder den Spruch gehört: „Dann geh ich halt zum Hertel!“. Und in der Tat: Für die Püttlinger DKP-Fraktion war es immer ein zwingendes Gebot, die Bürgerforderungen ernst zu nehmen und aktiv zu vertreten.

Beim Empfang im Schloßchen hielt auch der DKP-Bezirksvorsitzende



Thomas Hagenhofer ein Grußwort. Darin betonte er: „Franz war nicht deswegen über vier Jahrzehnte im Püttlinger Stadtrat, weil er kommunistische Kommunalpolitik neu interpretiert hat, sondern weil er ganz klassisch mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ein unermüdlicher und unbestechlicher Interessenvertreter der arbeitenden Menschen in dieser Stadt war.“

Hagenhofer stellte fest, Hertel habe kommunistischer Politik in Püttlingen ein Gesicht gegeben, er sei greifbar gewesen für die Menschen, habe jedoch immer gewusst, dass viele Probleme, ob Schulden oder Arbeitslosigkeit, nicht in Püttlingen gelöst werden kön-

nen. Deshalb habe er gemeinsam mit anderen immer wieder die Zusammenhänge dargestellt und auf die gesellschaftlichen Widersprüche verwiesen. Ob Rüstung und Krieg, Reichtum und Armut, Ausbeutung und prekäre Beschäftigung – all diese Themen der so genannten „großen Politik“ habe Franz nie ausgeblendet und sei damit sicher vielen auf die rein kommunalpolitisch ausgerichteten Nerven gegangen.

Was andere so meinen

Franz Hertel „konnte im Stadtrat so schön poltern ... Und ganz egal wie man zu seiner politischen Grundeinstellung im Rat und seinen Ideen im einzelnen steht, so ist doch klar, dass ihm das Wohl der Stadt, in der er sich bestens auskennt, sehr am Herzen liegt“.

(Redakteur Marco Reuther in einem SZ-Kommentar vom 19.10.2013)

Es ist „in jeder Weise angemessen, dass die Stadt Püttlingen den stets umtriebigen und unbequemen Kümmerer und Sachwalter bürgerlicher und städtischer Interessen zum Ende seiner Ratstätigkeit mit diesem Empfang würdigt“.

(Altbürgermeister Rudolf Müller in seiner Laudatio)

„Mehr als vier Jahrzehnte waren Sie ein engagierter - zuweilen auch unbequemer - Interessenvertreter der Püttlinger Bürgerinnen und Bürger. Es gibt nicht viele Menschen wie Sie, die soviel Herzblut in die oftmals anstrengende und zeitraubende kommunale Arbeit mit eingebracht haben“.

(Regionalverbandsdirektor Peter Gillo in einem Glückwunschsreiben)



Die Beigeordneten Edmund Altmeyer (mitte) und Jürgen Detzler überreichen Ehrenurkunde und Präsent der Stadt Püttlingen